



Für eine geschlechtergerechte Bewältigung der Corona- und der Klima-Krise¹

Diskussionspapier

*Über die Genderaspekte der Corona-Krise ist schon früh sehr viel Kluges von Genderexpert*innen und -organisationen geschrieben worden, das soll hier nicht wiederholt (höchstens zusammengefasst) werden.² Die Verbindungen zwischen der Corona-Krise und der Klima-Krise werden dagegen seltener und wenn, dann doch eher vorsichtig erwähnt. Eine Ausnahme bilden die Diskussionen über die Corona-Nothilfen und Konjunkturprogramme. Hier sind es vor allem die Umweltverbände, die strenge Klimaschutz-Auflagen für die Subventionen fordern.*

Mit diesem Diskussionspapier sollen die Parallelen zwischen der Klima- und der Corona-Krise sichtbar gemacht werden. Beide tragen dazu bei, eine weitere Krise zu verschärfen, die zumindest im Bereich der Pflege- und Erziehungsberufe bereits deutlich zu erkennen ist: die Krise der Versorgungs- oder Care-Arbeit.

Ein Blick auf die (sehr ähnlichen) Wirkungen der Corona- und der Klima-Krise auf die Geschlechterverhältnisse zeigt, dass sie auf strukturellen Ungleichheiten/Benachteiligungen beruhen. Es scheint, dass das (Über)Leben, die Aufrechterhaltung des Alltags sowohl in der Corona- als auch in der Klima-Krise nur dadurch gesichert wird, dass die damit verbundenen Arbeiten in einem Bereich aufgefangen werden, der ohnehin schon hochgradig belastet ist: in der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit und Pflege in Krankenhäusern, Pflegeheimen und privaten Haushalten. Befürchtet werden deshalb von vielen Genderexpert*innen langfristige negative Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse und eine Re-Traditionalisierung der Geschlechterrollen.

Einige **Genderaspekte** der Krisen zusammengefasst:

Corona-Krise³

- ▶ Deutliche Zunahme der Pflege-, Care- und Erziehungs-/Bildungsarbeit (Homeschooling) in privaten Haushalten, Pflege- und Erziehungseinrichtungen.
- ▶ Zusätzliche Belastungen durch Homeoffice in Zeiten, wo die Kinder nicht in Kita und Schule versorgt werden, erhöhter Aufwand für Einkaufen, Kochen, Putzen etc.
- ▶ Risiken durch Ansteckung und Überbelastung in Pflege- und Versorgungsberufen bei schlechter Bezahlung und schlechten Bedingungen (85% Frauen).
- ▶ Einschränkung der reproduktiven Rechte einschließlich der entsprechenden Versorgung, u.a. bei der pränatalen Versorgung.
- ▶ Unsichtbarkeit derjenigen, die innerhalb der privaten Haushalte diese Arbeit leisten.
- ▶ Zunahme der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kinder.

¹ Das Geschlecht (gender) ist weder unveränderlich noch binär. Wenn wir in dem Diskussionspapier von Frauen und Männern sprechen, meinen wir ausdrücklich auch sich als nicht-binär identifizierende Personen und trans*Frauen und trans*Männer.

² Überblicke zu den Artikeln und Studien gibt es u. a. auf der [genanet-Webseite](#) und im [CEWS-Journal Seite 11-23](#). Einen Block zu Corona und Care bietet die [Friedrich Ebert Stiftung](#)

³ siehe z.B. Frey 2020, Lewis 2020, Meier-Gräwe 2020

- ▶ Während des Lockdowns durch mangelnde öffentliche Kontrolle nächtliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Frauen im öffentlichen Raum.
- ▶ Geringer Anteil von Frauen bei den Expert*innen Beratungs- und Entscheidungsgremien mit der Folge, dass die für sie relevanten Themen tendenziell weniger beachtet werden (z.B. Leopoldina). Geringere Sichtbarkeit der weiblichen Expertinnen (z.B. Virologinnen) in Medien.

Klima-Krise⁴

- ▶ Deutliche Zunahme der Pflege- und Care-Arbeit, vor allem in Situationen von Extremwetterereignissen (Überschwemmungen, Hitzewellen etc.).
- ▶ Verlagerung von Klimaschutzmaßnahmen in die Privathaushalte ohne zu benennen, wer die damit verbundenen Arbeiten machen soll.
- ▶ Unsichtbarkeit dieser in Haushalte verlagerten Arbeiten.
- ▶ Zunahme der Gewalt gegen Frauen und Menschen, die sich als nicht binär oder queer identifizieren, in Katastrophensituationen.
- ▶ Geringe Beteiligung von Frauen an Entscheidungen und Entwicklungen.
- ▶ Unterschiedliche CO₂-Fußabdrücke der Geschlechter durch unterschiedliche Verhaltensweisen, z.B. bei der Ernährung, unterschiedliche Bedarfe, z.B. bei der versorgungsbezogenen Mobilität, werden bei der Entwicklung von Klimaschutzprogrammen und dem Monitoring der Auswirkungen dieser Programme kaum berücksichtigt (siehe Röhr et al. 2018).

Verstärkung der prekären Situation in der Versorgungsarbeit durch beide Krisen

- ▶ Pflegekräfte aus dem Ausland, die den Pflegenotstand abgefedert haben, brechen wegen Corona-Auflagen weg, aufgefangen wird das von (zumeist ungelerten) Angehörigen.
- ▶ Corona-Auflagen in Kitas und Schulen scheitern an mangelhaften baulichen Gegebenheiten und fehlender Anzahl an Erzieher*innen und Lehrer*innen.
- ▶ Eingeschränkte Erziehungsinfrastrukturen verstärken den Druck auf die Versorgungs-, Erziehungs- und Bildungsarbeit (Homeschooling) im privaten Haushalt.
- ▶ Zunehmende Versorgungsarbeit führt dazu, dass Teilzeitarbeit verstärkt wird mit langfristigen Auswirkungen auf Karriere und Rentenniveau.
- ▶ Für Alleinerziehende (ca. 90% weiblich) wird die Arbeit außer Haus bei geschlossenen oder sehr reduziert arbeitenden Kitas und Schulen völlig unmöglich, Homeoffice ist gerade hier keine Lösung.
- ▶ Die Verlagerung umwelt- und klimaschonenden Verhaltens in Privathaushalte führt – bei mangelnder Unterstützung durch die Politik – zu Mehrarbeit durch zu verändernde Verhaltensroutinen, Informationsbeschaffung und Erziehungsarbeit/Konfliktbewältigung innerhalb der Familie.
- ▶ Durch die Corona-Krise droht dem Klimaschutz, dass er in privaten Haushalten an Bedeutung verliert, weil noch weitere Aufgaben nicht zu bewältigen sind, gleichzeitig schränken Einkommensverluste die Entscheidungsmöglichkeiten für klimaschonenden Konsum ein.
- ▶ Klimawandelbedingte Hitzewellen führen besonders in Ballungsräumen zu einer höheren Gesundheitsgefährdung von Risikogruppen, das wiederum zu einem höheren Pflegeaufwand.

Wenig Daten gibt es dazu, wie die Krisen in diskriminierten Gruppen (Migrant*innen, Menschen mit Einschränkungen, LGBTIQ* etc.) wirken. Aus einigen Ländern, z.B. Schweden und Großbritannien, ist bekannt, dass in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Migrant*innen die Infektionsrate deutlich höher ist als im Durchschnitt, was vermutlich mit beengten Wohnverhältnissen, aber auch damit zusammenhängen kann,

⁴ siehe Röhr et al 2018

dass hier ein hoher Anteil der Bevölkerung in ‚systemrelevanten‘ Berufen arbeitet und dafür täglich den ÖPNV nutzt (taz 04.05.2020).

Gemeinsame Grundlagen der Krisen

In der Virologie wie in der Klimatologie gibt es seit langer Zeit wissenschaftliche Erkenntnisse, die auf die dramatischen und unkontrollierbaren Folgen für die Wirtschaft, die Gesellschaft und unsere bürgerlichen Freiheiten aufmerksam machen, wenn nicht sofort mit entsprechenden Maßnahmen gegengesteuert wird.

Sowohl der Klimawandel als auch die Ausbreitung des COVID-19-Virus haben enge Verbindungen zum neoliberalen Wirtschaftssystem, zu Globalisierung und der Zerstörung der Ökosysteme, Massentierhaltung und -verarbeitung erhöhen das Seuchenrisiko.

Ein Faktor für die schnelle Ausbreitung der COVID-19 Pandemie war dabei der unaufhörliche Strom von Menschen und Gütern. Ein anderer der Mangel an Schutzmasken und Schutzkleidung für das Pflegepersonal, um die fast ein Kampf entbrannte. Ein dritter der unbedingte Vorrang für Profit vor allen sozialen Kriterien, auch wenn damit die Gesundheit und Sicherheit gefährdet wird. Für Deutschland, wie auch für viele andere Länder galt, dass die Produktion von Schutzgütern nach China ausgelagert worden war, dort konnte dem explodierenden Bedarf, auch aufgrund von Schließungen der Produktionsstätten, nicht mehr nachgekommen werden. Gleiches galt und gilt für Chemikalien für die Testung und für viele lebenswichtige Medikamente, die nicht mehr vor Ort produziert werden. Wie konnte es dazu kommen? Die neoliberale Wirtschaftspolitik, ohne regulierende Eingriffe der Politik macht es möglich. Als klar wurde, in welcher prekären Situation uns das geführt hat, war der Schrei nach dauerhafter heimischer Produktion von Schutzmasken (und Medikamenten) groß. Auch darum ist es wieder still geworden. Bleibt abzuwarten, ob sich etwas und was sich ändert.

Noch deutlicher zeigen sich die falschen Prioritätensetzungen der Wirtschaft und die fehlenden Regulierungen der Politik beim Klimawandel. Das immerwährende Wachstumsparadigma, anhaltende End-of-Pipe-Lösungen statt grundlegender Transformation des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems haben uns in eine Situation gebracht, wo irreversible Schäden unvermeidbar sind, die jetzt nur noch mit drastischen Maßnahmen aufzuhalten wären⁵. „Jede Entscheidung, die heute als zu schwierig vertagt wird, wird morgen zu noch schwierigeren Entscheidungen führen“ (Descamps & Lebel 2020). Diese werden sich dann, im Gegensatz zu den Schutzmaßnahmen in der Corona-Krise, nicht auf einige Wochen beschränken.

Wie reagieren Politik und Wirtschaft auf die aktuellen Krisen?

In der Anfangsphase des Lockdowns, als sich die Überlastung der Pflegekräfte ebenso wie der Mangel an adäquaten Sicherheitsvorkehrungen immer deutlicher zeigten, wurden auch die niedrige Bezahlung und fehlende gesellschaftliche Anerkennung angeprangert. Die Bevölkerung in vielen EU-Ländern reagierte darauf mit abendlichem Beifallklatschen für alle systemrelevanten Berufe und untermauerte dieses auch mit der Forderung nach langfristig besserer Bezahlung in diesen Berufsgruppen. Die Politik reagiert mit der Zuerkennung einer nicht zu versteuernden Einmalprämie in Höhe von 500 EUR, die bis zu maximal 1.500 EUR von einigen Bundesländern aufgestockt wird. Eine kleine Einmalzahlung dafür, dass sich die Bedachten selbst an ihre Belastungsgrenzen und ihre Familien in Gefahr gebracht haben. Die geforderte dauerhafte Erhöhung der monatlichen Bezüge wurde nicht aufgegriffen.

⁵ Selbst mit der Emissionsreduktion während des Lockdowns, die global mit 5% geringeren Emissionen für 2020 prognostiziert werden, können die Klimaschutzziele von Paris nicht erreicht werden. Nötig sind jährliche Reduktionen um 7,6% (taz 03.04.2020)

Auffällig war das rapide Nachlassen der Wertschätzung systemrelevanter Berufe auch bei den schnell aufkommenden Diskussionen über Lockerungen des Lockdowns. Gefühlt am häufigsten und schnellsten wurde in den Nachrichten über mögliche Lockerungen und entsprechende Sicherheitspläne für den Profifußball berichtet. Die Öffnung von Kitas und Schulen, so wurde unterschwellig und unter dem Deckmantel der gesundheitlichen Fürsorge für die Kinder vermittelt, sei jetzt noch nicht angesagt. Hier wird deutlich, dass Kinder, Alleinerziehende, im Unsichtbaren ihre Arbeit verrichtende Versorgungsarbeiter*innen keine Lobby haben. Der Profifußball sei ein Wirtschaftsfaktor, so die Begründung. Die Grundlage des Wirtschaftens, die Care-Arbeit – die, wenn sie bezahlt werden würde, knapp 40% der im Bruttoinlandsprodukt ausgewiesenen Bruttowertschöpfung⁶ beträgt – wird nach wie vor nicht als Teil des Wirtschaftens gesehen.

Aber es kommt noch schlimmer. Die Automobilindustrie – mit etwa 75% Männerarbeitsplätzen – ist wie immer einer der ersten Wirtschaftszweige, der trotz Milliarden Gewinnen in den letzten Jahren, trotz hoher Boni und Dividenden, trotz Gewinnverlagerung zwecks Steuervermeidung in Steueroasen, nach staatlicher Unterstützung ruft. Zudem wird jede Gelegenheit genutzt darauf zu drängen, dass stärkere Regulierungen für den Klima- und Umweltschutz jetzt erstmal auf Eis gelegt werden. Kaum zu glauben, aber als rückwärtsgewandtes und klimafeindliches Instrument fällt ihnen dazu die schon 2009 bei der Finanzmarktkrise so grandios gescheiterte Abwrackprämie ein (siehe Kasten). 3.000 EUR soll es als Zuschuss für ein neu gekauftes Auto geben, natürlich ohne jegliche Klimaschutzauflagen. Unterstützt wird diese Forderung von den Ministerpräsidenten Bayerns (CSU), Baden-Württembergs (Grüne) und Niedersachsens (SPD). Wenn es um die Automobilindustrie geht, ist man(n) sich parteienübergreifend einig. Die von vielen Verbänden stattdessen geforderte Mobilitätsprämie wurde offensichtlich noch nicht einmal wahrgenommen. Mal abgesehen davon, dass sofort die Frage aufkommt, was denn mit anderen Produkten sei, ob die auch mit Kaufprämien gefördert werden – wie wäre es z.B. mit einer Abwrackprämie für alte Haushaltsgeräte, die nicht mehr den aktuellen Effizienzstandards entsprechen –, kann man die Schieflage des Systems kaum deutlicher zeigen: 500 bis 1.500 EUR für die Menschen, die uns mit ihrer Arbeit durch den Lockdown und in der medizinischen Versorgung geholfen haben, 3.000 EUR für den Kauf eines Autos.

Die Abwrackprämie 2009

Die Abwrackprämie (der offizielle Begriff war ‚Umweltprämie‘) zur Minderung der Finanzmarktkrise 2009 war damals so umstritten wie die heute geforderte Neuauflage. Nachgewiesen wurde die Wirkungslosigkeit der Prämie für die Volkswirtschaft und die Umwelt. Zum Hintergrund: Bei Neukauf und gleichzeitiger nachgewiesener Verschrottung des mindestens 9 Jahre alten Autos gab es eine Prämie von 2.500 EUR. Vorgehalten wurden dafür zunächst 1,5 Milliarden EUR. Der Run auf die Prämie war groß, so dass der Betrag auf insgesamt 5 Milliarden Euro und damit dem bis dato größten Konsumsubventionsprogramm der Bundesregierung aufgestockt wurde.

Im Jahr 2009 wurden so 2 Millionen Neuwagen mit der Prämie gekauft, allerdings weniger von deutschen Autoherstellern (deren Unterstützung ja das Ziel des Programms sein sollte), sondern vor allem Kleinwagen ausländischer Hersteller, deren Marktanteil dadurch um 10% anwuchs. Nach dem Kaufrausch 2009 brachen die Verkäufe dramatisch ein, gleiches gilt für den Gebrauchtwagenmarkt. Erholt hat sich der Markt erst 2012 von dieser staatlichen Intervention. Dass Autobauer und Zulieferer die Krise trotzdem überstanden, lag vor allem an der – ebenfalls staatlich finanzierten – Kurzarbeit und dem wachsenden chinesischen Markt.

Zum Klimaschutz hat die Prämie nicht beigetragen, weil hunderttausende Autos auf dem Schrottplatz landeten, die ansonsten noch länger ihren Dienst hätten tun können. Da etwa 1/5 der CO₂-Emissionen eines Autos über den gesamten Lebenszyklus betrachtet bei dessen Herstellung entstehen, zeigt sich hier eine weitere Unsinnigkeit des Instruments. So lautet auch die Bilanz des Bundesumweltministeriums: „Zur CO₂-Minderung des Pkw-Verkehrs tragen die neuen Pkw kaum bei.“ Selbst die Wirtschaftswoche kommt zu dem Ergebnis: „Die Bilanz der Prämie ist bitter: Knapp 30 Millionen deutsche Steuerzahler haben zwei Millionen Autokäufern jeweils 2.500 Euro geschenkt. Für nichts und wieder nichts.“ (Wirtschaftswoche 04.05.2020).

⁶ <https://taz.de/Unbezahlte-Arbeit-in-Deutschland/!5297798/>

Aus Genderperspektive hat seinerzeit Maja Kuhl (2010) die Instrumente der Finanzmarktrettung untersucht. Sie zeigt auf, dass von der Abwrackprämie de facto ohnehin nur 21% der Bevölkerung profitieren konnten, nämlich die, die ein Auto besaßen, das subventionsrechtlich dafür in Frage kam (mindestens 9 Jahre alt). Statistisch besaßen zu der Zeit 16% der Frauen und 34% der Männer ein Auto, so dass bei entsprechender Inanspruchnahme der Prämie 3,3 Milliarden der Subvention Männern, 1,7 Milliarden Frauen zu Gute kam. Sie kommt zu dem Schluss, dass dieses Instrument einfach nicht geschlechtergerecht sein kann, auch weil es die Verkehrsmittel, die mehrheitlich von Frauen genutzt werden, nicht berücksichtigt. „Die Ausgestaltung aber, ausschließlich PKW zu fördern, ist unter Gleichstellungsgesichtspunkten ungerecht. Sehr viel mehr Männer als Frauen verfügen über ein Auto, Frauen nutzen den ÖPNV stärker und sind zu höherem Maße als Männer auf ihn angewiesen.“ (Kuhl 2010: 23)

Natürlich muss die Wirtschaft in und nach der Corona-Krise mit Krediten und Subventionen unterstützt werden – aber bitte mit klima- und sozialpolitischen Auflagen. Hier bietet sich jetzt eine große Chance für eine sozial-ökologische Transformation, die so schnell nicht wiederkommen wird. Allerdings scheint es momentan – entgegen aller Beteuerungen⁷ der Bundeskanzlerin und Umweltministerin beim 11. Petersberger Klimadialog – so, dass diese Chance nicht ergriffen wird. Keine Klimaschutzauflagen, keine Diskussion über eine Verkehrswende, keine sozialen Auflagen geschweige denn Auflagen zur Gleichstellung. Als positives Beispiel zumindest bezüglich des Klimaschutzes kann hier Frankreich gesehen werden, die für ihre Unterstützung der Air France Auflagen macht: CO₂-Bilanz verbessern, Streckenschließungen für kürzere Inlandsflüge, für die Bahnverbindungen als Alternative zur Verfügung stehen, Erneuerung der Flugzeugflotte durch effizientere und schadstoffärmere Maschinen. Bei den Krediten zur Rettung von Lufthansa ist nichts dergleichen zu hören.

Wenn man beide hier genannten Faktoren zusammennimmt – keine grundlegende Aufwertung der Pflegeberufe, aber Subventionen fossiler Technologien – werden damit Strukturen aufrechterhalten und über Jahrzehnte (Allmendinger 2020) zementiert, die unbedingt geändert werden müssen, jetzt. Die geplanten Subventionen sind ja keine kurzfristig wirkenden Maßnahmen, sondern die Gelder stecken auf Jahre fest, die Autos werden 15 bis 20 Jahre gefahren (oder zumindest bis zur nächsten Abwrackprämie bei der nächsten Krise). Fazit: Chance für einen Paradigmenwechsel vertan. Es wird eine Industriepolitik von gestern für die Krisen von morgen gemacht. Und die nächste Krise ist schon da, Trockenheit und Hitze sorgen schon während der Pandemie dafür, dass die Klima-Krise nicht ganz in Vergessenheit gerät. Von der damit wiederum einhergehenden Zunahme der Versorgungsarbeit ganz zu schweigen.

Und die Geschlechterverhältnisse? Meldet sich das Patriarchat zurück?

Zu Beginn der Pandemie liegt ein deutlicher Fokus der medialen Aufmerksamkeit bei der Systemrelevanz von Care-, Pflege- und Versorgungsarbeit, wird die schlechte Bezahlung in diesen Berufen angeprangert. Ein Faktum, auf das feministische Ökonominen und Organisationen seit 30 Jahren hinweisen und entsprechende Umorientierungen des Wirtschaftssystems einfordern: „Welchen Herausforderungen müssen wir uns stellen? Die akuten Krisen reichen von Überkonsum von Ressourcen, über globale Finanzkrisen, Hunger in vielen Ländern der Welt bis zur Krise der Versorgungsarbeit. Diese Krisen sind miteinander verbunden, es reicht nicht, an einer Stellschraube zu drehen, wir müssen das Gesamtsystem und die Wechselwirkungen in den Blick nehmen.“ (genanet 2011: 1).

Die realen Reaktionen sind auch 2020 noch Beifallklatschen und eine kleine Prämie, danach wird es ruhiger um die Systemrelevanz. Stattdessen ist eine deutliche Re-Traditionalisierung von Geschlechterrollen zu erkennen. Laut einer Untersuchung der Böckler-Stiftung (2020) erhalten nur noch 62% der Paare, die

⁷ Svenja Schulze: „Um uns besser gegen künftige Krisen zu wappnen, brauchen wir einen klimafreundlichen Neustart der Wirtschaft. Unser Leitbild ist nicht die alte, sondern eine bessere Welt, die krisenfester und klimaverträglicher wirtschaftet.“ (BMU Newsletter vom 06.05.2020)

vor der Pandemie eine gleiche Aufteilung der unbezahlten Arbeit praktizierten, diese aufrecht. Mehr noch, „während männliche und weibliche Beschäftigte ähnlich oft von Kurzarbeit betroffen sind, haben spürbar mehr Frauen (24%) als Männer (16%) die Arbeitszeit auf anderem Wege reduziert. Frauen sind deutlich häufiger freigestellt und befinden sich geringfügig häufiger im krisenbedingten Urlaub. Leben Kinder im Haushalt, übernehmen ganz überwiegend Frauen den größten Teil der nach Kita- oder Schulschließungen anfallenden Betreuungsarbeit“ (Böckler Stiftung 2020: 3). Damit spitzt sich die in vielen Familien schon vorher bestehende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu, Rollenmuster werden verfestigt.

In der Krise zeigt sich deutlich, wer keine Lobby hat: Alleinerziehende, Kinder, Frauen. Offensichtlich wird davon ausgegangen, „Mutti wird's schon richten“ (Habeck in Anne Will, 03.05.2020). Schlimmer noch, es wird erst gar nicht darüber nachgedacht, wer die Versorgung übernehmen soll, wenn alle anderen Versorgungsstrukturen wegfallen. „Diese Blindheit ist jedoch kein Zufall, sondern Teil eines problematischen Verständnisses von Ökonomie. In der herrschenden ökonomischen Theorie und Praxis werden alle nicht-marktvermittelten Tätigkeiten systematisch ausgeblendet, sie zählen monetär weder für den Weltmarkt noch für den Kapitalmarkt und werden gleichzeitig als unsichtbare Grundlage ausgebeutet, zum Teil sogar völlig zerstört.“ (Çağlar et al. 2012)

Auch der ohnehin schon geringe Anteil von Frauen in Managementpositionen geht schon jetzt sichtbar zurück (Allmendinger in Anne Will, 03.05.2020). Vorgaben zu Frauen in Führungspositionen will die Wirtschaft nicht akzeptieren, diese könne man ihr in dieser schwierigen Lage nicht zumuten (Giffey). Auch Allmendinger bilanziert, dass die Unterschiede vor allem zwischen Müttern und Vätern größer werden: „Im Verdienst, in der beruflichen Entwicklung, in der Alterssicherung, in der finanziellen Unabhängigkeit, aber auch in der freien Zeit, die wir alle einfach brauchen“.⁸

Laut neuestem Green Startup Monitor (Borderstep 2020) ist der Frauenanteil bei grünen Unternehmensgründungen deutlich gewachsen und liegt bei 22% gegenüber 13% bei nicht-grünen Gründungen. Da Frauen mit deutlich weniger Kapital gründen und dafür vor allem ihr eigenes Erspartes und das von Freunden und Familie einsetzen, drohen sie in der Krise besonders hart getroffen zu werden.

Die Zeichen für dramatische Rückschritte bei der Geschlechtergerechtigkeit sind also ebenso deutlich, wie die beim Klimaschutz. Jetzt müssen die Weichen für die Zukunft gestellt und die durch notwendige Konjunkturprogramme sich eröffnenden Möglichkeiten genutzt werden, bei Technologien ebenso wie bei Geschlechterverhältnissen/-rollen. Deshalb müssen alle Fördermaßnahmen so ausgerichtet werden, dass sie die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern beseitigen (z.B. Pay Gap) und den Klimaschutz vorantreiben. Sie einem sozialen, Gender- und Alters-Budgeting zu unterziehen, das gleichzeitig auf Umwelt- und Klimaschutz ausgerichtet ist (Allmendinger 2020), wäre der richtige Weg. Um die Programme und Wirkungen entsprechend gestalten und überprüfen zu können ist es jetzt wichtiger denn je, dass Daten erhoben werden, die nach Geschlecht und sozialen Kategorien differenziert sind, um Ungerechtigkeiten aufzudecken und Programme korrigieren zu können.

Krisenbewältigung: Neujustierung unseres Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells?

Zu Beginn der Corona-Krise wurde der Ruf nach einer grundlegenden (wirtschaftlichen und gesellschaftlichen) Neujustierung bis hin zu einer Transformation laut, auch von gesellschaftlichen Akteuren, die sich diesbezüglich bisher nicht gerade hervorgetan haben. Je länger allerdings die Krise dauerte, je lauter die Forderungen nach einer Aufhebung des Lockdowns wurden, desto stiller wurden die Transformationsstimmen, umso besser verschafften sich Diejenigen Gehör, die möchten, dass alles wieder so wird wie es war.

⁸ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/gleichstellung-maenner-frauen-corona-giffey-100.html>

Von der Klimabewegung wird die erforderliche Transformation bereits seit vielen Jahren eingefordert, allen voran von der Klimagerechtigkeitsbewegung und den Gender- und Klima-Akteur*innen (s. z.B. Röhr et al. 2008, Röhr 2009). Nur mit grundlegenden Veränderungen und Neujustierungen der Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik werden die Klimaziele – (voraussichtlich) 50-55% Emissionsreduktion bis 2030, 95% bis 2050 – zu erreichen und die Klima-Krise zu entschärfen sein.

Deutlich gemacht wird von den Bewegungen, dass zur wirtschaftlichen auch eine gesellschaftliche Transformation hin zu einer gerechten Gesellschaft, und vor allem zu einer geschlechtergerechten, gehört. Ohne Geschlechtergerechtigkeit wird es keine nachhaltige Krisenbewältigung geben, egal, ob es sich um die Klima-Krise, die Corona-Krise oder die zunehmend zu einer Krise werdende Verteilung und Bewertung der Versorgungsarbeit handelt.

Berlin, Mai 2020

Kontakt:

genanet – Leitstelle Gender | Umwelt | Nachhaltigkeit

Ulrike Röhr

Anklamer Str. 38

10115 Berlin

www.genanet.de

GenderCC – Women for Climate Justice

Gotelind Alber

Anklamer Str. 38

10115 Berlin

www.gendercc.net

LIFE – Bildung | Umwelt | Chancengleichheit

Nanna Birk

Rheinstr. 46

12169 Berlin

www.life-online.de

Zitierhinweis: genanet - Leitstelle Gender | Umwelt | Nachhaltigkeit, GenderCC – Women for Climate Justice, LIFE – Bildung | Umwelt | Chancengleichheit (2020): Für eine geschlechtergerechte Bewältigung der Corona- und Klima-Krise. Diskussionspapier. Berlin

Literatur:

Allmendinger, Jutta (2020): Präsentation auf der Re:publica am 07.05.2020

Böckler-Stiftung (2020): Neue Umfrage Corona-Krise: 14 Prozent in Kurzarbeit – 40 Prozent können finanziell maximal drei Monate durchhalten – Pandemie vergrößert Ungleichheiten. Pressemitteilung vom 21.04.2020

<https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-23098.htm>

Borderstep (2020): Green Startup Monitor 2020. <https://www.borderstep.de/wp-content/uploads/2020/04/Green-Startup-Monitor-2020.pdf>

Çağlar, Gülay; Gottschlich, Daniela, Habermann, Friederike (2012): Zum Verhältnis von Gender, Green Economy und Finanzmärkten. Warum nachhaltiges, geschlechter_gerechtes Wirtschaften eine andere Gestaltung der Finanzmärkte braucht. Hintergrundpapier von genanet – Leitstelle Gender | Umwelt | Nachhaltigkeit (Hg.)

https://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Care_Gender_Green_Economy/G3_Hintergrundpapier_Finanzmaerkte.Caglar_Gottschlich_Habermann.pdf

Descamps, Philippe; Lebel, Thierry (2020): Corona-Schock und Klimapolitik. In: Le Monde Diplomatique, Deutsche Ausgabe, Mai 2020: 1,11

Frey, Regina (2020): Corona und Gender – ein geschlechtsbezogener Blick auf die Pandemie und ihre (möglichen) Folgen. https://www.gender.de/cms-gender/wp-content/uploads/gender_corona.pdf

genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit | Deutscher Frauenrat | Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) | Frauenpolitischer Rat des Landes Brandenburg e.V. | Verband deutscher Unternehmerinnen (2011): Green Economy: Gender_Gerecht! Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gerechte Gesellschaft. Diskussionspapier

https://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Care_Gender_Green_Economy/G3_Diskussionspapier_alle.pdf

Kuhl, Maja (2010): Wem werden Konjunkturprogramme gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II. Expertise im Auftrag des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/07230.pdf>

Lewis, Helen (2020): Das weibliche Desaster. Frauen sind weniger von Corona betroffen? Von wegen. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten treffen sie wesentlich stärker. <https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/detail/das-weibliche-desaster-4198/>

Meier-Gräwe, Uta (2020): Misstraut dem neoliberalen Mantra des „Weiter so!“

https://www.boell.de/de/2020/04/15/misstraut-dem-liberalen-mantra-des-weiter-so?utm_source=website&utm_medium=twitter

Röhr, Ulrike (2009): Geschlechtergerechtigkeit in der Klimapolitik. Die Position von Frauennetzwerken in den internationalen Klimaverhandlungen. In: Das Argument, 283/2009: 736-744

Röhr, Ulrike; Alber, Gotelind, Göldner, Lisa (2018): Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse. UBA Texte 23/2018. Umweltbundesamt: Dessau https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-03-15_texte_23-2018_gender-klima.pdf

Röhr, Ulrike; Spitzner, Meike, Stiefel, Elisabeth, von Winterfeld, Uta (2008): Geschlechtergerechtigkeit als Basis für nachhaltige Klimapolitik. Feministisches Hintergrundpapier. genanet und Forum Umwelt & Entwicklung (Hg.)

https://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Themen/Klima/Hintergrundpapier_genanet_FUE_Klimapolitik_2008.pdf